Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 27. Juni 2013
Ausgabe 120
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **4**
› Münchens größte Vermieterin: 6,50 Euro pro Quadratmeter im Durchschnitt 4
› Glückwünsche für Professorin Anne-Sophie Mutter zum 50. Geburtstag 7
› Feier zur Übergabe des neu gestalteten Platzes am Harkortweg 8
› Bürgerversammlung Stadtbezirk 12, Bezirksteil Schwabing – Alte Heide 9
› Verkaufsstart für die eintägigen Erlebnisreisen 10
› Sicherheitsbericht der Landeshauptstadt München 2012 11
› Standesämter München und Pasing am 1. Juli geschlossen 11
› Themennachmittag „Tagesmutter, Tagesvater“ 12
› Statistikfaltkarte „München in Zahlen 2013“ neu erschienen 12
› Schülerkonzert im Stadtmuseum 12
› Stadtmuseum: Und wieder ruft der Wilde Westen 13
› „Theo gegen den Rest der Welt“ im Filmmuseum 13
Antworten auf Stadtratsanfragen **14**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 28. Juni, 10 Uhr,
Bildungsberatung für Menschen mit Handicap, Goethestraße 12
Eröffnung der neuen barrierefrei gestalteten Beratungsräume in der Goethestraße 12. Es sprechen Dr. Susanne May, Programmdirektorin der Münchner Volkshochschule, Stadtschulrat Rainer Schweppe sowie Dr. Anneliese Durst, Leiterin des Fachbereichs Kommunale Beschäftigungspolitik und Qualifizierung im Referat für Arbeit und Wirtschaft, in Vertretung von Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft.

Wiederholung
Freitag, 28. Juni, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Seit 12. September 1993 ist Christian Ude Münchner Oberbürgermeister. Anlässlich des bevorstehenden 20-jährigen Dienstjubiläums lädt das Stadtoberhaupt zur Pressekonferenz ein.

Wiederholung
Freitag, 28. Juni, 11 Uhr, Rathaus, Raum 200
Nach Begrüßung durch Bürgermeisterin Christine Strobl trägt der Münchner Goldmedaillengewinner im Einzelzeitfahren/Radsport bei den Paralympischen Sommerspielen 2012 in London, Michael Teuber, seine Unterschrift im Goldenen Buch der Landeshauptstadt München nach.

Wiederholung
Freitag, 28. Juni, 12 Uhr, Sporthalle Grundschule Bernerstraße 6
Festakt anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Grundschule an der Bernerstraße 6. Nach der Begrüßung durch Schulleiter Christian Bihrer spricht Stadtschulrat Rainer Schweppe Grußworte. Weitere Rednerinnen und Redner sind Schulamtsdirektorin Beate Eckert-Kalthoff, Stellvertretende Fachliche Leitung des Staatlichen Schulamts, und der Bezirksausschussvorsitzende Hans Bauer.

Wiederholung
Freitag, 28. Juni, 16 Uhr,
Platzfläche zwischen der Bauberger-, Dachauer und Pelkovenstraße
Stadtrat Alexander Reissl (SPD) nimmt in Vertretung des Oberbürgermeisters gemeinsam mit der Vorsitzenden des Bezirksausschusses Moosach, Johanna Salzhuber, und dem Künstler Stefan Eberstadt den neuen Brunnen „Ultramarin“ in Betrieb. Im Anschluss beginnt das umfangreiche Pro-

gramm der diesjährigen Stadtteilwoche Moosach anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Eingemeindung Moosachs.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Samstag, 29. Juni, 11 Uhr, Platz am Harkortweg
Übergabe des neu gestalteten Platzes am Harkortweg an die Freimanner Bürgerinnen und Bürger. Es nehmen teil: Stadtrat Alexander Reissl (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Karl Höferle, Hauptabteilungsleiter Baureferat (Tiefbau) in Vertretung der Baureferentin, und der Vorsitzende des Bezirksausschusses Schwabing – Freimann, Werner Lederer-Piloty.
Die Übergabe findet im Rahmen eines Bürgerfestes statt.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.
(Siehe auch unter Meldungen)

Montag, 1. Juli, 17 Uhr, Olympia-Einkaufszentrum
Bürgermeisterin Christine Strobl eröffnet die Ausstellung „100 Jahre Eingemeindung Moosach“ und spricht Grußworte. Bei der Ausstellung sind zahlreiche Fotos sowie Exponate des Geschichtsvereins Moosach zu sehen. Entstanden ist die Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Geschichtssammlung Laturell/Mooseder im Olympia-Einkaufszentrum. Sie wird von einem abwechslungsreichen Bühnenprogramm begleitet, das von Moosacher Künstlern und Akteuren gestaltet wird.

Dienstag, 2. Juli, 10.30 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Elf Klimaschutzmanagerinnen und -manager treten ihren Dienst bei der Landeshauptstadt München an. Sie werden künftig die Qualität und Erfolge der Münchner Klimaschutzziele steuern und an deren Weiterentwicklung mitarbeiten. Bei einer Pressekonferenz stellen Bürgermeister Hep Monatzeder und Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, die Klimaschutzziele sowie die neuen Strukturen vor. Gefördert werden die neuen Stellen, die in verschiedenen Referaten angesiedelt sind, in den kommenden drei Jahren über die Klimaschutzinitiative des Bundes. Christine Krüger, Projektleiterin Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz, stellt das Förderprogramm des Bundes vor.
Achtung Redaktionen: Im Anschluss an die Pressekonferenz findet ab 13 Uhr eine Einführungsveranstaltung für die Klimaschutzmanagerinnen und -manager im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, statt.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 4. Juli, 15.30 bis 17 Uhr, Sitzungsraum der BA-Geschäftsstelle Süd, Meindlstraße 16 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 6 (Sendling) mit dem Vorsitzenden Markus Lutz.

Donnerstag, 4. Juli, 19 Uhr, Aula des Anton-Fingerle-Bildungszentrums, Schlierseestraße 47 (barrierefrei)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 17 (Obergiesing – Fasangarten). Der Versammlungsleiter Stadtrat Hans Dieter Kaplan und der Bezirksausschussvorsitzende Horst Walter informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat/Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat/Straßenverkehr, die Bezirksinspektion Ost, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft/Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Horst Walter.

Meldungen

Münchens größte Vermieterin:
6,50 Euro pro Quadratmeter im Durchschnitt
(27.6.2013) Anlässlich der heutigen Bilanzpressekonferenz der GEWOFAG Holding GmbH hier das Statement des Aufsichtsratsvorsitzenden Oberbürgermeister Christian Ude:
„Wohnen in München“ und „bezahlbar“ ist nicht vereinbar – so empfinden viele, die in München eine Wohnung suchen. Auf die Wohnungen der GEWOFAG trifft das nicht zu. Mit einer niedrigen durchschnittlichen Miete bietet das Unternehmen seinen Mieterinnen und Mietern bezahlbaren Wohnraum. Trotz der günstigen Durchschnittsmiete von 6,50 Euro pro Quadratmeter steht die GEWOFAG wirtschaftlich sehr gut da. Mit einem Jahresüberschuss von 20 Millionen Euro zeigt das Unternehmen erneut, dass es soziales Engagement, Ökologie und wirtschaftlichen Erfolg vereinbaren kann.

Die Nachfrage nach Wohnungen wird anhalten, denn München ist nach wie vor lebenswert und attraktiv. Immer mehr Menschen ziehen hierher. Bis 2030 werden voraussichtlich über 1,6 Millionen Menschen hier leben. Bei der Versorgung der Münchnerinnen und Münchner mit bezahlbarem Wohnraum spielt die GEWOFAG als kommunale Wohnungsbaugesellschaft eine wichtige Rolle.

Münchens größte Vermieterin

Der Bestand der GEWOFAG ist in den letzten Jahren durch Neubau und Übernahme von Wohnungen der Stadt München gewachsen. Mit fast 37.000 Wohnungen ist die GEWOFAG Münchens größte Vermieterin. Der Konzern hat Wohnanlagen in allen 25 Stadtbezirken. Im vergangenen Geschäftsjahr war der GEWOFAG-Konzern Eigentümer von rund 32.000 eigenen Wohneinheiten, davon sind 40 Prozent öffentlich gefördert. Der Konzern verwaltete rund 4.500 Wohnungen für Dritte.

Es zahlt sich aus, dass die GEWOFAG in den letzten Jahren ihre Struktur umgebaut hat. Als Partnerin der Stadt kann der Konzern flexibel und wirtschaftlich leistungsfähig sein, wohnungswirtschaftliches Engagement ausbauen und die Serviceleistungen für die Mieterinnen und Mieter weiter verbessern.

Alt werden in der eigenen Wohnung: Wohnen im Viertel

Natürlich ist die GEWOFAG in erster Linie für ihre Mieterinnen und Mieter da. Das Engagement des Unternehmens geht allerdings über das normale Maß hinaus. Es umfasst neben der energetischen Modernisierung von Wohnungen auch die Entwicklung der Quartiere und soziale Angebote, über die ich nicht nur als Aufsichtratsvorsitzender, sondern vor allem auch als Oberbürgermeister der Stadt München froh bin.

Mit der Konzerntochter Wohnforum GmbH gibt es einen eigenen sozialen Dienstleister, der ein großes und vielseitiges Leistungsspektrum abdeckt: Quartiers-, Umzugs- und Konfliktmanagement, Entwicklung der Quartiere und dringend benötigte Angebote für ältere Menschen – das und vieles mehr leistet der Konzern freiwillig.

Der GEWOFAG-Konzern hat 2012 sein Angebot an seniorengerechten Wohnungen und das Projekt „Wohnen im Viertel“ noch weiter ausgebaut. „Wohnen im Viertel“ wurde bereits erfolgreich an vier Standorten etabliert. Es kombiniert barriere- und schwellenfreien Wohnraum mit optionalen Pflegeangeboten durch einen ambulanten Dienst, der auch allen anderen Bewohnern der Siedlung ohne Betreuungspauschale zur Verfügung steht. Nachbarschaftstreffs, in denen sich alle Mieter des Quartiers ehrenamtlich engagieren können, beleben und tragen das Projekt.

Im vergangenen Jahr hat die GEWOFAG zwei weitere Stützpunkte in Riem und Gern eröffnet. Weitere werden folgen.

Das Projekt „Wohnen im Viertel“ ermöglicht selbständiges Leben in der eigenen Wohnung bis ins hohe Alter. Die GEWOFAG stellt sich damit ihrer sozialen Verantwortung gegenüber ihren älteren Mietern – und das sind viele: Rund 40 Prozent der Mieterinnen und Mieter sind über 60 Jahre alt!

Quartiersentwicklung nach sozialen und wirtschaftlichen Kriterien

Bis 2020 entwickelt der Konzern fünf große Wohnquartiere in Ramersdorf, Sendling, Laim, Neuhausen und Giesing. Diese Quartiersentwicklungen reichen über die reine Modernisierung hinaus. Bauliche und soziale Maßnahmen sowie Verbesserungen der Infrastruktur spielen zusammen.
Begonnen hat die GEWOFAG 2010 in Ramersdorf unter dem Motto „Familien zurück in die Stadt“, es folgte im Jahr 2011 Berg am Laim mit 380 Wohnungen. Im vergangenen Jahr hat die GEWOFAG mit der Entwicklung der Quartiere in Sendling und Neuhausen begonnen.
Quartiersentwicklung bedeutet bei der GEWOFAG nicht nur Modernisierung, sondern die Aufwertung des Bestandes durch ein stabiles Wohnumfeld. Die Siedlungen attraktiv und zukunftsfähig zu gestalten, sie an die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen anzupassen und Wohnungen für Familien und ältere Menschen zu schaffen, sind die Ziele.
Um ihrer ökologischen Verantwortung gerecht zu werden, setzt die GEWOFAG auf energieeffiziente Häuser und auf die umweltfreundliche Fernwärme, ohne die Wirtschaftlichkeit aus den Augen zu verlieren. Besonders gelungen ist die Quartiersentwicklung rund um den Piusplatz in Berg am Laim, wo die GEWOFAG 2012 Richtfest für ihre ersten Passivhäuser gefeiert hat.

Mit Recht preisgekrönt

Für ihre bezahlbaren und gleichzeitig qualitativ hochwertigen Wohnungen wurde die GEWOFAG im vergangenen Jahr erneut geehrt. Die Quartiersentwicklung am Piusplatz hat bereits zum zweiten Mal einen Bundespreis erhalten: Sie gewann den Preis „Stadt bauen. Stadt leben.“ des Ministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der Kategorie Gebäude und Stadtraum. Die Passivhäuser, ebenfalls am Piusplatz, erhielten die Auszeichnung „Energieeffizienz zählt – neue Energiesparhäuser“.
Der Bauherrenpreis der Messestadt Riem Gesellschaft (MRG) ging an das Bauprojekt an der Ingeborg-Bachmann-Straße 50-58 und Astrid-Lindgren-Straße 40-48 des Büros Wimmer Architekten aus Wien.
Auch im Bereich energiesparende Haustechnik ist die GEWOFAG vorn mit dabei: Das Projekt „Rücklauftemperatursenkung in Fernwärmenetzen, 2-3-Leiter-System“ erhielt den Bayerischen Energiepreis.

Bezahlbares Wohnen auch in Zukunft

Es wird unsere Herausforderung bleiben, Wohnen in München möglich und bezahlbar zu halten. Mit dem wohnungspolitischen Programm „Wohnen in

München V – Wohnungsbauoffensive 2012 bis 2016“ liegt ein Fahrplan für die nächsten Jahre vor. Und dank der Tatsache, dass München seine Wohnungsbauunternehmen nicht, wie andere Städte oder der Freistaat, verkauft hat, können diese bei der Umsetzung von „Wohnen in München V“ wertvolle Beiträge leisten.
Die GEWOFAG trägt einen großen Teil dazu bei. Bis 2017 wird der Konzern rund 3.000 neue Wohnungen errichten und dafür 780 Millionen Euro aufwenden. Gleichzeitig setzt das Unternehmen rund 250 Millionen Euro zur umfassenden Modernisierung von 3.000 Wohnungen ein.
Mehr noch: Die Stadt hat die städtischen Wohnungen bei den erfahrenen und kompetenten städtischen Wohnungsgesellschaften GEWOFAG und GWG gebündelt. Die Übertragung von städtischen Beständen an die beiden Gesellschaften ist vollzogen. Damit haben wir ihre Stellung als Garant für sozialverträgliche Wohnraumversorgung in München weiter gestärkt und Synergien geschaffen.
Der eigene Wohnungsbestand der beiden städtischen Wohnungsbaukonzerne erhöhte sich damit von bisher knapp 53.000 auf über 58.000 Wohneinheiten; insgesamt verwalten GEWOFAG und ihre städtische Schwestergesellschaft GWG München damit zusammen rund 63.000 Wohneinheiten.
Ich danke Geschäftsführung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren persönlichen Einsatz und die geleistete Arbeit.“

Glückwünsche für Professorin Anne-Sophie Mutter zum 50. Geburtstag
(27.6.2013) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Professorin Anne-Sophie Mutter zum bevorstehenden 50. Geburtstag: „‘Ich kann mich dem Zauber der Musik nie entziehen’, haben Sie vor einigen Jahren in einem Interview bekannt. Vielleicht ist dies das Geheimnis Ihres einzigartigen Erfolgs und Ihrer phänomenalen Laufbahn als Musikerin.
In den vergangenen vier Jahrzehnten ist Ihr Name zum Synonym geworden für vollendete Virtuosität, nachhaltige Nachwuchsförderung und großes soziales Engagement. Als Ausnahmekünstlerin von Weltrang ist es Ihnen dank Ihres außerordentlichen Talents, Ihrer großen Disziplin und musikalischen Ausdruckskraft schon in frühen Jahren gelungen, sich in dem hart umkämpften Markt der klassischen Musik zu etablieren und zu behaupten. Kein Kontinent, den Sie nicht bereist, kein bedeutender Konzertsaal, den Sie nicht bespielt und wohl keine wichtige Komposition der Geigenliteratur, die Sie nicht in ganz besonderer Weise interpretiert hätten – und dies quer durch alle Epochen bis hin zu zeitgenössischen Werken, die immer wieder unsere besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Mit Ihrer Energie und Begeisterung für die Sache machen Sie uns als Ihrem Publikum jeden Tag von neuem Ihre Kunst zum Geschenk und bringen den Menschen in Konzerten und mit zahllosen preisgekrönten CD-Einspielungen den Wert und die Bedeutung von Musik immer wieder nachdrücklich ins Bewusstsein.
Dabei ist Ihnen die Förderung herausragend begabter Nachwuchsmusiker und -musikerinnen ein besonderes Anliegen. Für bedeutende Weltkarrieren haben Sie und die nach Ihnen benannte Stiftung den Grundstein gelegt, wie im Falle von Daniel Müller-Schott, Arabella Steinbacher und Roman Patkoló, um nur drei Namen als Beispiele zu nennen.
Dass Sie, bei aller Internationalität Ihrer Kunst, München über all die Jahre hinweg treu geblieben sind, erfüllt uns nach wie vor mit großer Freude und Dankbarkeit und wir sind stolz, eine so bedeutende und vielfach ausgezeichnete Persönlichkeit als Bürgerin unserer Stadt zu wissen.
Für die kommenden Jahre wünsche ich Ihnen Gesundheit, Glück, Wohlergehen und weiterhin unverminderte künstlerische Inspiration sowie Energie für viele weitere musikalische Pläne und Vorhaben, auf die sich die internationale Musikwelt heute schon sehr freut."

Feier zur Übergabe des neu gestalteten Platzes am Harkortweg
(27.6.2013) Die Umgestaltung des Platzes am Harkortweg wurde seit langem vom Bezirksausschuss und den Freimanner Bürgerinnen und Bürgern gewünscht. Im April 2012 hat der Bauausschuss des Münchner Stadtrates das Baureferat mit der Realisierung dieser Maßnahme beauftragt. Ziel war es, eine attraktive Aufenthaltsfläche vor der denkmalgeschützten St.-Nikolaus-Kirche zu schaffen und die Fuß- und Radwegunterführung des Harkortweges aufzuwerten.
Zwischen dem neuen Studentenwohnheim und der Stadtsparkasse bis zur Kirchenmauer ist eine neue Platzfläche entstanden. Im „Römischen Verband" verlegte Kunststeinplatten betonen die durchgehende Gestaltung. Sitzstufen nehmen die Höhendifferenzen zur Platzmitte auf und fassen die Pflanzfelder der vorhandenen Bäume westlich und südlich der Sparkasse ein. Auf leicht erhöhtem Niveau laden vor dem Studentenwohnheim Sitzgelegenheiten unter einem kleinen Buchenhain zum Verweilen ein.
Die Rampe zur Autobahnunterführung, die Freimann und Alt-Freimann verbindet, wurde ebenfalls barrierefrei umgebaut. Im Rahmen von QUIVID, dem Kunst-am-Bau-Programm der Landeshauptstadt München, wurde mit großzügiger Unterstützung der Stiftung Straßenkunst der Stadtsparkasse München und des Bezirksausschusses Schwabing – Freimann ein Lichtkunstprojekt des Künstlers Steffen Kehrle realisiert. Zwei je fünfzig Meter lange spiegelnde, hinterleuchtete Edelstahlpaneele an den Wänden der Un-

terführung geben über die gesamte Wegstrecke gleichmäßig Licht zur Decke und zum Boden ab. Dadurch erhält der Tunnel eine scheinbar endlose Weite.
Durch die Neupflanzung von 18 Bäumen wurden die im Zuge der Baumaßnahme notwendigen Baumfällungen ausgeglichen. Zusätzlich konnten sechs neue Bäume gesetzt werden.

Bürgerversammlung Stadtbezirk 12, Bezirksteil Schwabing – Alte Heide
(27.6.2013) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 12 (Schwabing – Freimann) am Donnerstag, 11. Juli, 19 Uhr, in die Turnhalle des Maximiliansgymnasiums, Karl-Theodor-Straße 9, 80803 München, zu einer Bürgerversammlung des 12. Stadtbezirkes (Bezirksteil Schwabing – Alte Heide) ein.
Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadtrat Alexander Reissl, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. Zu Beginn informieren er und der Bezirksausschussvorsitzende Werner Lederer-Piloty über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Perspektiven für den Wedekind-, Nikolai-, Artur-Kutscher- und Kißkaltplatz
2. Stand der Planungen und Baufortschritt Schwabinger Tor
3. Umgestaltung der Münchner Freiheit – Beginn des Workshops – Abhängung der Ungererstraße
4. Parklizenzausweitung (Berliner Straße – Alte Heide)
5. Gentrifizierung Schwabing

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.
Anträge sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das entsprechende Formular findet sich im Internet unter *www.muenchen.de/buergerversammlungen*, wird aber auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.
Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Mitte der Bezirksausschüsse 1, 2, 3, 4 und 12, Tal 13, 80331 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.
Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärden-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der

Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, *www.gmu.de,* regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, buergerversammlung.dir@muenchen.de, Fax 2 33-2 52 41. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat/Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat/Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft/Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Werner Lederer-Piloty.

Verkaufsstart für die eintägigen Erlebnisreisen

(27.6.2013) Am Samstag, 29. Juni, ab 10 Uhr startet der Kartenverkauf für die eintägigen Erlebnisreisen in den Sommerferien 2013. Für nur 8 Euro können Kinder einen spannenden Ferientag erleben. Im Preis enthalten sind die Fahrt, pädagogische Betreuung, Eintrittsgebühren sowie ein warmes Mittagessen oder ein Lunchpaket. Die Karten sind nur in Verbindung mit dem Münchner Familienpass (bis sechs Jahre) oder dem Münchner Ferienpass (ab sechs Jahre) gültig. Die Pässe sind beim Ausflug vorzuzeigen, beim Kauf der Karten jedoch nicht notwendig.

Die eintägigen Erlebnisreisen bieten in den Sommerferien abwechslungsreiche Ausflugstage für Kinder im Alter von fünf bis 13 Jahren. So stehen bei den Zwergerlausflügen für Fünf- bis Achtjährige speziell für diese Altersgruppe entwickelte Erlebnisreisen zu geeigneten Ausflugszielen wie Märchenpark, Planetarium oder Erlebnisbauernhof auf dem Programm. Bei den beliebten Busausflügen für Kinder von sieben bis 13 Jahren ins Münchner Umland ist vom Sommerrodeln über den Schwimmbadbesuch bis zu einem ganzen Tag Leben wie im Mittelalter für jeden Geschmack etwas dabei. Und die Stadtreisen mit dem MVV in München und Umgebung bieten darüber hinauszum Beispiel einen Ausflug zur Allianz Arena, zum Bowling oder in den Wildpark Poing.

Das Programmheft steht unter *www.muenchen.de/ferienangebote* zum Download zur Verfügung. Außerdem wurde es in allen Münchner Schulen verteilt und liegt in der Stadt-Information im Rathaus, in den Sozialbürgerhäusern, im Stadtjugendamt, in den Stadtbibliotheken sowie an vielen anderen Stellen aus.

Teilnahmekarten können über München Ticket gegen Gebühr an den Vorverkaufsstellen erworben werden, Reservierungen sind möglich unter Telefon 54 81 81 81 und im Internet unter *www.muenchenticket.de*.

Bei allgemeinen Fragen kann man sich unter 2 33-2 00 70 an das Infotelefon der Ferienangebote im Stadtjugendamt wenden oder eine E-Mail an ferienangebote.soz@muenchen.de schreiben.

Sicherheitsbericht der Landeshauptstadt München 2012

(27.6.2013) Über aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zu den Sicherheitsaufgaben der städtischen Referate ist der Stadtrat jetzt erstmalig mit einem Sicherheitsbericht informiert worden. Das Kreisverwaltungsreferat hat dazu in Zusammenarbeit mit allen Referaten der Landeshauptstadt eine umfangreiche Übersicht über die Tätigkeitsschwerpunkte aus dem Jahr 2012 erstellt.

Der von nun an jährlich erscheinende Sicherheitsbericht stellt die Vielschichtigkeit und Intensität des städtischen Beitrags zum Thema Sicherheit dar. Die unterschiedlichen fachlichen Maßnahmen der Referate und Eigenbetriebe – wie Förderung, Beratung, Hilfe in Notlagen, Prävention, Sicherheitskonzepte, Kontrollen, Verbote, Auflagen oder Bußgelder – sind alle ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit in München.

Der Hauptteil des Berichts umfasst die wichtigsten Themen, die im jeweiligen Berichtsjahr im Vordergrund gestanden haben – hinterlegt mit aktuellem Zahlenmaterial. Die Anlage zum Sicherheitsbericht beinhaltet die Gesamtübersicht der sicherheitsrelevanten Tätigkeiten, unabhängig vom Berichtsjahr.

Um die städtischen Bemühungen auch für die Öffentlichkeit transparent zu machen, ist der Sicherheitsbericht samt Anlage im Internet einsehbar unter: *www.muenchen.de/sicherheitsbericht*

Standesämter München und Pasing am 1. Juli geschlossen

(27.6.2013) Das Standesamt München im Kreisverwaltungsreferat (KVR) und das Standesamt München-Pasing im Pasinger Rathaus bleiben am Montag, 1. Juli, wegen der Anbindung an das Zentrale Elektronische Personenstandsregister in Bayern ganztägig geschlossen. Die Anmeldung von Eheschließungen, Lebenspartnerschaften, Geburten und Sterbefällen, die Beantragung von Personenstandsurkunden sowie die Beurkundung von Vaterschaftsanerkennungen, namensrechtlicher Erklärungen und Kirchenaustrittserklärungen sind an diesem Tag nicht möglich.

Bereits vereinbarte Eheschließungen werden durchgeführt.

Für Anliegen steht das Servicetelefon des Standesamtes München unter Telefon 2 33-9 60 60 zur Verfügung. Weitere Informationen der Münchner Standesämter sind unter *www.standesamt-muenchen.de* erhältlich. Das KVR bittet für die Schließung um Verständnis.

Themennachmittag „Tagesmutter, Tagesvater“

(27.6.2013) Tagesmutter oder Tagesvater zu sein, ist eine anspruchsvolle und zukunftsorientierte pädagogische Aufgabe. Mitarbeiterinnen der Kindertagespflege in den Sozialbürgerhäusern und im Stadtjugendamt beraten, begleiten und bieten Kurse zu dieser selbständigen Tätigkeit an. Wer Interesse hat, sich zur Tagesmutter oder zum Tagesvater qualifizieren zu lassen, ist eingeladen zum Themennachmittag in der Kinder- und Familieninformation am Dienstag, 2. Juli, von 15 bis 18 Uhr in der Stadt-Information im Rathaus. Interessierte können persönlich oder telefonisch unter 2 33-2 50 25 Kontakt aufnehmen. Fragen können auch vorab per E-Mail geschickt werden an: kinder-familieninformation@muenchen.de.
Die Kinder- und Familieninformation in der Stadt-Information ist eine Anlaufstelle für alle Familien. Das Info-Team beantwortet jeden Dienstag und Donnerstag von 15 bis 19 Uhr persönlich, telefonisch oder per E-Mail alle Fragen rund um das Leben mit Kindern in München und navigiert durch die zahlreichen Angebote der Stadt und anderer Münchner Einrichtungen. Außerdem gibt es dort den Familienpass und den Ferienpass zu kaufen. Auch außerhalb der Öffnungszeiten liegen viele Materialien aus, zum Beispiel der kostenlose „München-Wegweiser für Familien“.
Die Münchner Kinder- und Familieninformation ist ein Angebot des Büros der Kinderbeauftragten der Landeshauptstadt München, in Kooperation mit der Fachstelle Elterninformation und Elternbriefe des Stadtjugendamtes.

Statistikfaltkarte „München in Zahlen 2013“ neu erschienen

(27.6.2013) Das Statistische Amt München hat soeben das Zahlenleporello „München in Zahlen 2013“ in seiner neuesten Version herausgegeben. Wie immer erscheint die beliebte Faltkarte im handlichen Postkartenformat in deutscher und englischer Sprache und wird kostenfrei abgegeben. „München in Zahlen“, das sind statistische Kurzinformationen und übersichtliche Grafiken aus den verschiedensten Bereichen des Münchner Stadtlebens. So werden z.B. die wichtigsten Eckdaten zu den geografischen Verhältnissen, zur Bevölkerung, zu Gesundheit, Sozialem, Bildungswesen, Kultur, Tourismus, zur Wirtschaft und den Bereichen Arbeitsmarkt, Bau- und Wohnungswesen, Verkehr und städtische Finanzen beleuchtet. Zu beziehen ist die Faltkarte über die Stadt-Information im Rathaus.

Schülerkonzert im Stadtmuseum

(27.6.2013) Die Rosmarie-Theobald-Musikschule Ottobrunn gibt am Sonntag, 30. Juni, 15 Uhr, im Münchner Stadtmuseum, Sammlung Musik, St.-Jakobs-Platz 1, ein Schülerkonzert. Gespielt werden Werke von Johann

Hermann Schein, Gaetano Donizetti, Frédéric Chopin, Edvard Grieg, Franz Liszt, Sergej Rachmaninov, Aleksandr Glazunov und Darius Milhaud. Der Eintritt ist frei.

Stadtmuseum: Und wieder ruft der Wilde Westen

(27.6.2013) Am Mittwoch, 3. Juli, 16 Uhr, findet im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, eine Kuratorenführung mit Cindy Drexl durch die Ausstellung „Sehnsucht nach dem Wilden Westen – 100 Jahre Münchner Cowboy Club" statt. Die Ausstellung, anlässlich des 100. Jubiläums des ältesten Cowboy Clubs Deutschlands, nimmt Jung und Alt auf eine spannende Reise zu den Cowboys und Indianern an der Isar und deren Vereinsgeschichte mit. Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro, hinzu kommt die Führungsgebühr in Höhe von 6 Euro.

„Theo gegen den Rest der Welt" im Filmmuseum

(27.6.2013) In der Reihe „Filmverlag der Autoren", die das deutsche Kino der 1970-er beleuchtet, zeigt das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, am Freitag, 28. Juni, um 18.30 Uhr den Kultfilm „Theo gegen den Rest der Welt" (BRD 1980) mit Marius Müller-Westernhagen. Regisseur Peter Bringmann, Produzent Mike Wiedemann und der damalige Verleiher Theo Hinz sind zu Gast und stehen für eine Diskussion nach dem Film zur Verfügung.
In dem Film „Theo gegen den Rest der Welt", (Regie: Peter F. Bringmann, Buch: Matthias Seelig, Kamera: Helge Weindler, 105 Minuten) wird Theos neuer Lkw geklaut. Die Jagd nach dem Dieb und dem Laster führen ihn, seinen Kompagnon und eine Medizinstudentin auf eine wahre Odyssee über die Schweiz und Mailand bis nach Genua. Peter F. Bringmann gelang mit diesem Roadmovie ein überraschender Kinohit, den über eine Million Zuschauer sahen.
Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 27. Juni 2013

Mehr Bäume im öffentlichen Raum
Anfrage Stadträtin Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen) vom 25.3.2013

St. Emmeram Neubau
Antrag Stadtrat Robert Brannekämper (CSU) vom 11.4.2013

Keimbelastung im Trinkwasser in der Wohnanlage Helsinkistraße 21-25 in der Messestadt West
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei) vom 6.5.2013

Mehr Bäume im öffentlichen Raum
Anfrage Stadträtin Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen) vom 25.3.2013

Antwort Baureferat:

In Ihrer Anfrage vom 25.03.2013 führen Sie Folgendes aus:

„Seit einigen Jahren müssen Bäume, die im öffentlichen Straßenraum neu gepflanzt werden, von den Anwohnern über die Straßenausbaubeiträge finanziert werden. Dies senkt die Bereitschaft zur Begrünung des öffentlichen Raumes deutlich.
Eine öffentliche Finanzierung würde eine weitere Begrünung des Straßenraums erleichtern."

Mit Schreiben vom 25.04.2013 wurde eine Fristverlängerung bis zum 25.06.2013 beantragt.

Ihre Fragen beantworten wir wie folgt:

Frage 1:
Können Gelder aus den Stellplatzablösemitteln zur Begrünung des Straßenraumes verwendet werden?

Antwort:
Die Verwendung von Mitteln aus der Stellplatzablöse regelt Art. 47 Abs. 4 Bayerische Bauordnung:
Danach haben die Kommunen den Geldbetrag für die Ablösung notwendiger Stellplätze zu verwenden für
1. die Herstellung zusätzlicher oder die Instandhaltung, die Instandsetzung oder die Modernisierung bestehender Parkeinrichtungen oder
2. sonstige Maßnahmen zur Entlastung der Straßen vom ruhenden Verkehr einschließlich investiver Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die Begrünung des Straßenraums fällt nicht darunter.

Frage 2:
Wenn ja unter welchen Bedingungen?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Wenn nein, warum nicht?

Antwort:
Wie uns das Referat für Stadtplanung und Bauordnung in einer internen Stellungnahme nochmals bestätigt hat, dürfen Gelder aus den Stellplatzablösemitteln zur Begrünung des Straßenraums nicht verwendet werden; dies gilt auch für allgemeines Straßenbegleitgrün. Der hier einschlägige Art. 47 Abs. 4 der Bayerischen Bauordnung gibt eine strenge Zweckbindung der einzusetzenden Mittel vor.
Diese strenge Zweckbindung wurde auch nicht mit der Novelle der Bayerischen Bauordnung 2008 gelockert. Stellplatzablösemittel dürfen nach wie vor nur für Maßnahmen herangezogen werden, die der Sicherheit und Leichtigkeit des fließenden Verkehrs mittels der Entlastung des öffentlichen Straßenraums vom ruhenden Verkehr dienen. Dies ist bei der Begrünung des Straßenraums nicht der Fall.

Im Übrigen trifft der Ausgangspunkt Ihrer Fragestellung zu; die Landeshauptstadt München hat als letzte bayerische Großstadt mit Wirkung vom 1.1.2005 eine Straßenausbaubeitragssatzung erlassen. Danach werden Beiträge u.a. dafür erhoben, Ortsstraßen zu verbessern. Zum Bestandteil der Straße gehören beitragsrechtlich auch das sog. Straßenbegleitgrün sowie begleitende Straßenbäume. Straßenausbaubeiträge sind öffentliche Abgaben; diese gebieten aus rechtsstaatlichen Gründen einen einheitlichen und gleichen Vollzug.

Frage 4:
Gibt es dazu eine eindeutige juristische Position?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 3; eine Verwendung von Stellplatzablösemitteln ist definitiv ausgeschlossen.

Frage 5:
Wenn ja von wem? Und wann wurde sie erstellt?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 4.

Frage 6:
Könnte ein Baumpflanzprogramm von mindestens 300 Bäumen pro Jahr auf öffentlichen und privaten Flächen, wie es im Dezember 2012 mit der Novellierung der Baumschutzverordnung beschlossen worden ist, aus den Stellplatzablösemitteln finanziert werden?

Antwort:
Hierzu teilt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung mit:
„Das im Stadtratsbeschluss vom 19.12.2012 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 10503) angeregte Baumpflanzprogramm von mindestens 300 Bäumen pro Jahr kann nicht aus den Mitteln der Stellplatzablöse finanziert werden, da die Zielrichtung dieses Programms sich nicht mit der gesetzlich vorgegebenen Zweckbindung der Ablösemittel deckt."

St. Emmeram Neubau
Antrag Stadtrat Robert Brannekämper (CSU) vom 11.4.2013

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

In Ihrem Antrag vom 11.04.2013 beantragen Sie, den Vorbescheidsantrag für das Bauvorhaben St. Emmeram 43 nicht zu erteilen und zum Schutz des Bestandes im Umfeld der beiden Einzeldenkmäler einen Aufstellungsbeschluss für ein Bebauungsplanverfahren zu fassen.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch hinsichtlich der Erteilung des baurechtlichen Vorbescheides eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Ferner liegt für das Gebiet Isarhang (westlich), Rochus-Dedler-Weg, Mittlerer-Isar-Kanal, Stadtgrenze (südwestlich), Ossianstraße und St. Emmeram bereits ein Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1719 mit dem Ziel der Sicherung des Landschaftsschutzgebiets Isarauen vor weiterer Bebauung vor. Der sachgerechte Erhalt der Einzelbaudenkmäler ist bereits mit der geltenden Rechtslage gewährleistet.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erfolgt eine Behandlung Ihres Antrages deshalb auf diesem Wege. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung teilt hierzu Folgendes mit:

Für das Anwesen St. Emmeram 43 wurde am 21.11.2012 zum Bauvorhaben „Errichtung eines Wohnhauses“ ein Antrag auf Vorbescheid im Referat für Stadtplanung und Bauordnung – Lokalbaukommission eingereicht. Der Vorbescheid wurde am 03.04.2013 und somit vor Ihrem Antrag erteilt. Die gestellten Fragen nach der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit und der Fällung einer schadhaften Birke konnten positiv beantwortet werden. Dabei wurden die geltenden denkmal- und naturschutzrechtlichen Vorschriften und Vorgaben umfassend berücksichtigt. Unter anderem wurde der Antrag in der Heimat- und Denkmalpflege-Dienstbesprechung am 23.01.2013, in der Amtskonferenz des Referates für Stadtplanung und Bauordnung – Lokalbaukommission am 19.02.2013, in der Besprechung der Hauptabteilungsleitungen des Referats für Stadtplanung und Bauordnung am 21.02.2013 sowie in der Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung am 20.03.2013 behandelt.

Planungsrechtlich beurteilt sich das Vorhaben für das Anwesen im Innenbereich nach § 30 Abs. 3 i.V.m. § 34 Abs. 1 Baugesetzbuch – BauGB. Auf dem Grundstück ist ein Bauraum festgesetzt. Es gelten die Baumschutzverordnung, die Verordnung über besondere Siedlungsgebiete sowie die Satzung über Einfriedungen der Landeshauptstadt München. Das Bauvorhaben liegt im Landschaftsschutzgebiet Isarauen.

Grundsätzlich ist der Baulinienplan so angelegt, dass ein Baurecht in der Form des Bestandes besteht. Insofern weicht die Planung von dem Baulinienfügе ab. Es wird ein winkelförmiger Baukörper entwickelt, dessen Kopfbau zweigeschossig nach Süden reicht. Darauf sitzt im hinteren Bereich ein erdgeschossiger Flachdachbaukörper, der entlang der Straße St. Emmeram abgeknickt ist. Bei der Beurteilung über die Bauraumüberschreitung konnten die benachbarten Gebäude in der Spervogelstraße 6, St. Emmeram 41 und St. Emmeram 45 allerdings nicht negiert werden. Sie stellen Bezugsfälle dar. Unter der Bedingung eines grundbuchamtlich gesicherten Baurechtsverzichts konnte die Befreiung in Aussicht gestellt werden, da die Planung in seiner zurückhaltenden, niedrigen ein- bzw. zweigeschossigen Erscheinungsform der Intention des Bebauungsplanes entspricht, der an dieser Stelle eine zurückhaltende Bebauung festlegen wollte.

Auf den ersten Blick erscheint die Gestaltung des Gebäudes möglicherweise unkonventionell, weil das bisher bestehende klassische Satteldachgebäude zugunsten einer Architektur beseitigt werden soll, die sich aus unterschiedlichen Flachdachbaukörpern zusammensetzt. Die nähere Umgebung ist allerdings bereits gekennzeichnet durch zwei- und dreigeschossige Bebauung mit verschiedenen Dachformen. Unter anderem sind auf den Anwesen Spervogelstraße 7 und St. Emmeram 48 bereits Flachdächer errichtet. Auch die Höhenentwicklung bleibt unter dem des Bestandsgebäudes.

Fachlich kann der anspruchsvolle architektonische Entwurf hervorgehoben werden. Es ist davon auszugehen, dass sich dieses Gebäude in die Hangsituation einfügen wird, ohne den Kontext nachhaltig zu beeinträchtigen. Im Hinblick auf das in der Nähe gelegene Einzelbaudenkmal „Emmeramskapelle“ haben die Fachstellen bestätigt, dass mit dem Vorhaben eine Beeinträchtigung durch den Neubau nicht zu erwarten ist, nachdem sich der Nähebezug für die Kapelle im wesentlichen bei einer Annäherung des Betrachters von Nordosten entlang der Straße St. Emmeram ergibt und in diesem Zusammenhang die Neubaumasse rechts außen vor bleibt. Eben-

so gibt es keine Bedenken wegen den Einzelbaudenkmälern „Gaststätte Emmeramsmühle“ und „Ehemaliges Pumpen- und Floßwärterhäuschen“.

An die Freiflächengestaltung in dem Bereich werden im Baugenehmigungsverfahren hohe Ansprüche gestellt werden, da das Vorhaben wie von Ihnen dargelegt in einem empfindlichen Landschaftsraum liegt. Entsprechende Hinweise sind in dem Vorbescheid aufgenommen.

Unter Berücksichtigung dieser stadtgestalterischen, denkmalfachlichen und naturschutzrechtlichen Gesichtspunkte hatte der Antragsteller des geplanten Neubauprojekts einen Rechtsanspruch auf den erteilten positiven Vorbescheid (Art. 71 Satz 4 i.V.m. Art. 68 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 Bayerische Bauordnung).

Die Sicherung des Landschaftsschutzgebiets Isarauen mit den vorhandenen Denkmälern im Bereich von St. Emmeram mit übermäßiger Bebauung ist nach Ansicht des Referats für Stadtplanung und Bauordnung im besonderen öffentlichen Interesse. Auch bei zukünftigen Vorhaben bleibt dies durch die bereits zur Verfügung stehenden Regelungen insbesondere im Baugesetzbuch, in der Bayerischen Bauordnung, im Bayerischem Denkmalschutzgesetz, in der Landschaftsschutzverordnung, in der Baumschutzverordnung, in der Verordnung über besondere Siedlungsgebiete sowie in der Satzung über Einfriedungen ausreichend gewährleistet:

- Das Gebiet besteht, insbesondere im südlichen Teil, zu einem Großteil aus Freiflächen und ist planungsrechtlich nach § 35 BauGB zu beurteilen. Einer Bebauung stehen hier die Darstellungen des Flächennutzungsplanes als „Allgemeine Grünfläche“ und Ausweisung als Landschutzgebiet als öffentliche Belange grundsätzlich entgegen.

- Für Bauvorhaben, die nach § 34 BauGB zu beurteilen sind, bestehen nur wenige Realisierungsmöglichkeiten. Betroffen sind hier insbesondere die Anwesen an der Spervogelstraße sowie St. Emmeram 30 - 36 und 39 - 43, bei denen der Flächennutzungsplan „Reines Wohngebiet“ darstellt. Hier kommen nur Umbaumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sowie Ersatzneubauten in Betracht, die sich an den bestehenden Festsetzungen des einfachen Baulinienplanes zu orientieren haben (§ 30 Abs. 3 BauGB).

In den vergangenen zehn Jahren wurden lediglich zwei Neubauvorhaben genehmigt. Es handelt sich hierbei um die beiden Zweifamilienhäuser in St.

Emmeram 34a und 48. Die Fortführung des Bebauungsplanverfahrens Nr. 1719 wäre nur äußerst eingeschränkt geeignet, die Bautätigkeit in dem Bereich zu reduzieren und würde im Übrigen zu folgenden Problemen führen:

- In den Freiflächen, die im Flächennutzungsplan als „Allgemeine Grünfläche“ dargestellt sind, liegen zur Zeit mehrere Wohngebäude. Eine Festsetzung „Allgemeine Grünfläche“ für diese bebauten Grundstücke hätte letztlich zur Folge, dass diese Gebäude beseitigt werden müssten. Entsprechende Übernahme- und Entschädigungsansprüche gegen die Stadt wären die Folge.

- Für Grundstücke, die nach § 34 BauGB zu beurteilen sind, kann die Festsetzung „Allgemeine Grünfläche“ selbst dann zu Entschädigungsforderungen führen, wenn diese Festsetzung das Ergebnis einer gerechten Abwägung nach § 1 Abs. 6 BauGB wäre.

Daher empfiehlt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung das Bebauungsplanverfahren nicht fortzuführen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Keimbelastung im Trinkwasser in der Wohnanlage Helsinkistraße 21-25 in der Messestadt West
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei) vom 6.5.2013

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 06.05.2013 haben Sie gemäß § 68 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt München (GeschO) folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird. Eine entsprechende Terminverlängerung wurde beantragt.

Ihre Anfrage vom 06.05.2013 leiten Sie wie folgt ein:
„Nach Informationen von Anwohnern der o.g. Wohnanlagen aus der Messestadt West klagen die dortigen Bewohner kontinuierlich über Durchfallerkrankungen. In einer privat in Auftrag gegebenen Untersuchung des Trinkwassers stellte sich nun heraus, dass die Keimbelastung des Trinkwassers über den zulässigen Grenzwerten liegen würde."

Zu Ihren Fragen im Einzelnen:

Frage 1a und 1b:
- *Welche aktuellen Erkenntnisse und Messwerte liegen der LH München über die Qualität des Trinkwassers in den Wohnanlagen der Messestadt West vor?*
- *Wie hoch ist insbesondere die Keimbelastung im Verhältnis zu den zulässigen Grenzwerten?*
- *Von wann sind die betreffenden Untersuchungen und wie regelmäßig wird Wasserqualität überprüft?*

Antwort:
Bei der Wohnanschrift Helsinkistraße 21 - 25 handelt es sich um mehrere Wohnhäuser, die über eine gemeinsame Warmwasserversorgung verfügen. Die Wohnanlage Helsinkistraße 21 - 25 wird seit 01.01.2012 durch die GEWOFAG Dienstleistungsgesellschaft mbH (100%ige Tochtergesellschaft der GEWOFAG Holding GmbH) in Fremdverwaltung betreut.

Zum Ergebnis der Probenahme eines Mieters in der Helsinkistraße 21 - 25:
Bei der privat in Auftrag gegebenen Untersuchung des Trinkwassers und der aus deren Auswertung erfolgten Feststellung einer „Keimbelastung“ handelte es sich nach Aussage des Referats für Gesundheit und Umwelt um einen Einzelbefund aus einer Dusche. Auch wurde die Probenahme und der Versand dieser Probe nicht nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchgeführt. Die in dieser Probe gefundene Gesamtkeimzahl war laut Laborbefund deutlich erhöht. Ob es sich bei der festgestellten, aus dem Duschkopf oder dem Duschschlauch stammenden „Keimbelastung“ tatsächlich um Erreger von Durchfallerkrankungen bzw. um pathogene, d.h. Krankheiten verursachende Bakterien handelt, ist nach Aussage des Referats für Gesundheit und Umwelt aus dem Befund nicht ableitbar.
Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass aus einer erhöhten Anzahl von Keimen kein direkter Hinweis auf das Vorkommen von pathogenen, d.h. Krankheiten verursachenden Bakterien abgeleitet werden kann.

Zu den gemäß Trinkwasserverordnung durch die GEWOFAG Holding GmbH durchgeführten Untersuchungen:
Gemäß der geltenden Trinkwasserverordnung ist ausschließlich der Unternehmer oder sonstige Inhaber der Trinkwasserhausinstallation für die Information der Nutzerinnen und Nutzer über die Ergebnisse von Trinkwasseruntersuchungen sowie für ggf. erforderliche Folgemaßnahmen verantwortlich.
Die GEWOFAG ist auch nach Aussage des Referats für Gesundheit und Umwelt ihrer Untersuchungspflicht des Warmwassersystems auf Legionellen am 25.04.2013 nachgekommen. Die angeschlossenen Nutzerinnen und Nutzer wurden über die Ergebnisse dieser Untersuchungen am 14.05.2013 informiert. Zudem wurden die bei Überschreitung des Technischen Maßnahmenwertes erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Zu den Untersuchungen in den sonstigen Wohnanlagen in der Messestadt Riem:
Allgemeine Angaben über die Qualität des Trinkwassers bzw. über Messwerte in den sonstigen Wohnanlagen in der Messestadt Riem können nach Aussage des Referats für Gesundheit und Umwelt nicht getroffen werden. In allen Stadtteilen, auch in der Messestadt Riem, existiere eine Vielzahl von Wohnanlagen, die jeweils über eigene Leitungssysteme verfügen. Für jede dieser Wohnanlagen ist jeweils der betreffende Unternehmer oder sonstige Inhaber der Hausinstallation verantwortlich.

Eine stadtteilbezogene oder bereichsbezogene Erfassung von Ergebnissen von durchgeführten Untersuchungen des Warmwassers auf Legionellen erfolgt nicht und wäre aus Sicht des Referats für Gesundheit und Umwelt auch nicht zielführend, da jede einzelne Trinkwasser-Hausinstallation unabhängig voneinander zu bewerten sei.

Frage 2:
Wenn keine aktuellen, d.h. längstens aus dem Zeitraum Januar bis April 2013, Messwerte zur Trinkwasserqualität vorliegen, wann ist geplant hierzu eine Qualitätsprüfung vorzunehmen?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Wie ist generell die Trinkwasserversorgung und insbesondere die Aufbereitung der Warmwasserversorgung für den Bereich der Wohnanlagen in der Messestadt West geregelt?

Antwort:
Bis zur Übergabestelle, d.h. bis zur Wasseruhr garantiert die Stadtwerke München GmbH als Wasserversorgerin der Landeshauptstadt München eine einwandfreie Trinkwasserqualität nach den anerkannten Regeln der Technik. Die Vorgaben der Trinkwasserverordnung werden dabei stetig überprüft. So liegen dem Referat für Gesundheit und Umwelt aktuelle Trinkwasserbefunde der Stadtwerke München GmbH zum Versorgungsgebiet Messestadt West vor. Die Werte dieser untersuchten mikrobiologischen Parameter entsprechen nach Aussage des Referats für Gesundheit und Umwelt den Anforderungen der Trinkwasserverordnung, d.h. es sind keine mikrobiologischen Belastungen des Trinkwassers im betreffenden Versorgungsgebiet Helsinkistraße nachweisbar.
Für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und Unterhaltung der Anlage sowie für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen in den Trinkwasser-Hausinstallationen von öffentlichen und privaten Gebäuden, d.h. ab der Wasseruhr, ist gemäß der geltenden Trinkwasserverordnung generell deren Unternehmer oder sonstige Inhaber verantwortlich. Dieser Unternehmer oder sonstige Inhaber hat die gesundheitliche Unbedenklichkeit des zur Verfügung gestellten Trinkwassers bzw. die Gewährleistung einwandfreier hygienischer Bedingungen des in der Trinkwasserhausinstallation verteilten Wassers sicherzustellen und – soweit erforder-

lich oder gemäß Trinkwasserverordnung festgelegt – entsprechende Wasseruntersuchungen durchzuführen.

Maßgebend für die Bewertung des Warmwassersystems in Trinkwasser-Hausinstallationen ist nach Aussage des Referats für Gesundheit und Umwelt der sogenannte „technische Maßnahmenwert" von 100 Legionellen pro 100 ml. Wird dieser Wert überschritten, so sind durch den Unternehmer oder sonstigen Inhaber der betreffenden Trinkwasser-Hausinstallation unverzüglich weitere Untersuchungen zur Aufklärung der Ursache und Maßnahmen zur Abhilfe durchzuführen. Dies gilt für Trinkwasser-Hausinstallationen mit einer zentralen Trinkwassererwärmung; bei dezentralen Systemen (Kleinboiler oder Durchlauferhitzer) ist in der Regel keine Legionellenuntersuchung erforderlich.
Die Frist für die erstmalige orientierende Untersuchung des Warmwassers auf Legionellen ist gemäß der geltenden Trinkwasserverordnung der 31.12.2013. Dem Referat für Gesundheit und Umwelt sind Ergebnisse von Trinkwasseruntersuchungen durch den Unternehmer oder sonstigen Inhaber einer Trinkwasser-Hausinstallation verpflichtend zu melden, wenn die in der Trinkwasserverordnung festgelegten Grenzwerte überschritten werden. Unauffällige Befunde müssen dem Referat für Gesundheit und Umwelt dagegen nicht gemeldet werden.

Frage 4:
Inwieweit kann ausgeschlossen werden, dass ggf. weitere Wohnobjekte in der Messestadt West in der LH München von einer erhöhten Keimbelastung betroffen sind?

Antwort:
Grundsätzlich kann bei keiner Wohnanlage, die über eine eigene Trinkwasser-Hausinstallation verfügt, eine mögliche Überschreitung von den in der Trinkwasserverordnung festgelegten Grenzwerten ausgeschlossen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 27. Juni 2013

Ernährungsbildung an Schulen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Oliver Belik, Verena Dietl, Christiane Hacker, Christian Müller, Regina Salzmann, Dr. Inci Sieber, Birgit Volk, Beatrix Zurek (SPD) und Stadträtinnen Anja Berger, Jutta Koller, Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Münchens Stadtteilkultur stärken
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Dr. Reinhard Bauer, Nikolaus Gradl, Haimo Liebich, Michael Leonhart, Monika Renner, Klaus-Peter Rupp und Regina Salzmann (SPD)

Altstadt-Fußgängerbereich-Satzung der Wirklichkeit anpassen
Antrag Stadträte Richard Quaas und Josef Schmid (CSU)

Personalnot in Jobcentern befördert die Wohnungslosigkeit?
Anfrage Stadträte Michael Kuffer und Marian Offman (CSU)

„Zustifter-Rente“ auch in München einführen
Antrag Stadträtin Dr. Evelyne Menges (CSU)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD - Stadtratsfraktion **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste**

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Birgit Volk
Beatrix Zurek
Dr. Ingrid Anker
Oliver Belik
Verena Dietl
Christiane Hacker
Christian Müller
Regina Salzmann
Dr. Inci Sieber

Stadtratsmitglieder

Anja Berger
Jutta Koller
Sabine Krieger

Stadtratsmitglieder

27.06.2013

Ernährungsbildung an Schulen

Antrag

Das Referat für Bildung und Sport wird aufgefordert:

1. Die Erstellung eines Konzeptes zur Ernährungsbildung an Schulen mit folgenden Eckpunkten in Auftrag zu geben:
a) Beratung und Sensibilisierung der Schulen für Ernährung durch BeraterInnen mit dem Ziel Ansprechpartner und/oder Arbeitskreise für das Thema an Schulen zu etablieren.
b) Nutzung einzelner Schulküchen als Lernorte für pädagogisches Kochen
c) Nutzung von Schullandheimen als Lernorte für „Besser Essen Projektwochen“
d) Nutzung Außerschulischer Lernorte für Ernährungsbildung
Das Konzept wird in Zusammenarbeit mit Schulen und ihren Akteuren (Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen und Anbietern von Schulverpflegung) erstellt.

2. Es wird eine Koordinationsstelle (ein Vollzeitäquivalent) zur Ernährungsbildung an Schulen eingerichtet.

Begründung:

Der Stadtrat hat im November 2011 im Rahmen des Beschlusses „Schule isst gut“ die Entwicklung eines Konzeptes beschlossen, wie die Themen Ernährung, Esskultur und Kochen regelmäßig in den Alltag von Schulen und Kindertageseinrichtungen eingebunden werden können. Ziel sollte es dabei sein, den Kindern und den Schülerinnen und Schülern ein Bewusstsein für Kochen, Esskultur und Ernährung zu vermitteln.
Ernährungsverhalten wird schon in der Kindheit festgelegt. Gerade in einer Zeit, in der Fast Food und Fertigprodukte immer häufiger werden, in der In Familien immer weniger frisch gekocht wird und gemeinsam am Tisch gegessen wird, spielt die Aufklärung über Ernährung und ihre Auswirkungen auf den menschlichen Körper, seine Leistungsfähigkeit und Gesundheit und auf das weltweite Klima eine immer größere Rolle. Der Beschluss des Kriterienkatalog über die Verpflegungsleistungen an den Münchner Schulen hat hier ein in Deutschland einmalig hohes Niveau für die Schulverpflegung festgelegt: 50 % Bio, möglichst regional, 30 % Frischkost. Jedoch nicht nur gesundes Essen in den Schulen ist wichtig, auch

Kenntnisse und Bewusstsein für die Bedeutung von Ernährung sind prägend für das Essen im Erwachsenenalter. Mit dem Ernährungsbildungskonzept sollen die Kinder und Jugendliche die Möglichkeit bekommen, Essen und Kochen bewusst zu erleben.

Bei der Einrichtung der Koordinationsstelle sollen die Erkenntnisse der aktuellen Organisationsuntersuchung berücksichtigt werden.

gez.

Birgit Volk
Beatrix Zurek
Dr. Ingrid Anker
Oliver Belik
Verena Dietl
Christiane Hacker
Christian Müller
Regina Salzmann
Dr. Inci Sieber

Stadtratsmitglieder

Anja Berger
Jutta Koller
Sabine Krieger

Stadtratsmitglieder

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister Ude
Rathaus

Klaus-Peter Rupp
Dr. Ingrid Anker
Haimo Liebich
Dr. Reinhard Bauer
Michael Leonhart
Monika Renner
Regina Salzmann
Nikolaus Gradl
Stadtratsmitglieder

München, 27.06.2013

Münchens Stadtteilkultur stärken

Antrag

Das Kulturreferat wird gebeten, das kulturelle Leben im Stadtquartier für die Zukunft zu sichern. Dem Stadtrat ist hierzu ein Finanzrahmen vorzustellen.

Begründung:

Münchens Ruf als Kulturstadt ist unbestritten. Neben zahlreichen Einrichtungen mitten in der Stadt schlägt das Herz Münchens aber auch im Stadtquartier. Ein wesentlicher Bestandteil kulturellen Lebens vollzieht sich vor Ort, in der dezentral aufgestellte Stadtteilkultur mit ihren Vereinen und Kulturhäusern. Ohne den oft ehrenamtlichen Einsatz der Bürgerinnen und Bürger vor Ort würde Kultur im Stadtviertel trotz zusätzlicher hauptamtlicher Kräfte nicht funktionieren. Gerade hier schlagen Kostensteigerungen und unausweichliche Veränderungen noch stärker zu Buche als in anderen kulturellen Einrichtungen. Daher ist es unabdingbar, weiterhin eine stabile Arbeitsbasis in den Bezirken zu garantieren und die Infrastruktur zu stabilisieren.

gez. Klaus-Peter Rupp Stadtrat	gez. Dr. Ingrid Anker Stadträtin	gez. Haimo Liebich Stadtrat	gez. Dr. Reinhard Bauer Stadtrat
gez. Monika Renner Stadträtin	gez. Michael Leonhart Stadtrat	gez. Regina Salzmann Stadträtin	gez. Nikolaus Gradl Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid
Stadtrat Richard Quaas

ANTRAG
27.06.13

Altstadt-Fußgängerbereiche-Satzung der Wirklichkeit anpassen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Geltungsbereich (§1) der Satzung über die Sondernutzung an Fußgängerbereichen in der Altstadt wird um folgende Straßen und Plätze erweitert folgt erweitert:

   a) Sendlinger Straße einschließlich dem Sendlinger-Tor-Platz
   b) Tal
   c) Dienerstraße
   d) Maximillianstraße vom Max-Joseph-Platz bis zum Altstadtring
   e) Altenhofstraße
   f) Passage zwischen Altenhofstraße und Ledererstraße

2. Die Polizei und die Interessenvertretungen der Innenstadthändler und der Gastronomie werden um eine Stellungnahme gebeten.

Begründung:
Mit der Erweiterung der Fußgängerzone auf Teile der Sendlinger Straße wird konsequenterweise eine Aktualisierung der o.g. Satzung notwendig. Dabei sollten auch die anderen von Fußgängern stark frequentierten Bereiche in den Geltungsbereich aufgenommen werden. Insbesondere die Sendlinger Straße und der Sendlinger-Tor-Platz, die nicht Teil der Fußgängerzone sind, werden durch die Münchner Bevölkerung aber durch ihren ähnlichen Charakter als Fußgängerbereich wahrgenommen. Gleiches gilt für die Dienerstraße, die Maximillianstraße und das Tal, hier insbesondere nach dem Abschluss des Umbaues. Die Altenhofstraße und die Passage zwischen Altenhofstraße und Ledererstraße ist eine stark frequentierte Verbindung von der klassischen Fußgängerzone im Stadtkern in das Graggenauer Viertel. Nach mehrfachen massiven Beschwerden aus der Bürgerschaft, dass organisierte Bettlerbanden aus Südosteuropa gerade noch außerhalb des Geltungsbereiches für ihre zwielichtigen Hintermänner tätig sind, ist die Ausdehnung auf die oben aufgeführten und am stärksten frequentierten Abschnitte unabdingbar.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Marian Offman
Stadtrat Michael Kuffer

ANFRAGE
27.06.13

Personalnot in Jobcentern befördert die Wohnungslosigkeit?

Dem Vernehmen nach soll die Bearbeitungszeit in den Jobcentern für die Zahlungsanweisungen der Mietzahlungen an die Leistungsempfänger oder Vermieter und an Träger und private Betreiber von Notunterkünften drei Monate und mehr in Anspruch nehmen. Es sind mehrere konkrete Einzelfälle bekannt, bei denen private Betreiber von Notunterkünften oder auch freie Träger bereits drei Monate auf die Nutzungsentgelte warten mussten. Da eine ausbleibende Miete von zwei Monaten Grund für die fristlose Kündigung ist, hat der lange Bearbeitungsstand Leistungsberechtigte im SGB II bereits in die Wohnungslosigkeit getrieben. Problem ist auch, dass im halbjährlichen Turnus der Leistungsanspruch auf Kosten der Unterkunft und Heizung überprüft werden wird und wegen der langen Bearbeitungszeiten über einen längeren Zeitraum Mietzahlungen ausbleiben und dieses gleichfalls nicht nur in Einzelfällen offensichtlich zur Wohnungslosigkeit geführt hat. Welcher Vermieter ist unter diesen Bedingungen weiter bereit, an Leistungsberechtigte nach dem SGB II wieder zu vermieten?

Im Mai 2013 betrug die Gesamtzahl der akut wohnungslosen Personen in München 4048. Im Vergleich zu 2010 fast eine Verdoppelung. Davon leben geschätzt auf der Straße 550 Menschen. Angesichts der sehr verzögerten Zahlungen an die Betreiber der Beherbergungsbetriebe und Notquartiere ist deren wirtschaftliche Existenz infrage gestellt. Mit Blick auf die massiven Steigerungsraten der akuten Wohnungslosigkeit in München ist es gerade absurd, wenn Beherbergungsbetriebe wegen der Personalnot In den Jobcentern oder einer falschen Weichenstellung im Zusammenhang mit der Langzeitarbeitslosigkeit schließen müssen.

Wir fragen daher Oberbürgermeister Christian Ude:

1. Wie viele konkrete Fälle sind bekannt, bei denen die Mietzahlungen an Leistungsberechtigte im SGB II oder bei Abtretung an die Vermieter drei Monate und mehr gedauert haben?
2. Wie viele konkrete Fälle sind bekannt, bei denen die Zahlungen der Nutzungsentgelte an Betreiber von Beherbergungsbetrieben, Notquartieren und Clearinghäusern drei Monate und mehr gedauert haben?

3. Wie erklärt sich der Zusammenhang der Personalnot in den Jobcentern mit der sehr verzögerten Zahlungen der Leistungen für Unterkunft und Heizung?
4. Wer in den Jobcentern veranlasst die Zahlungen und über welche Stationen läuft der Zahlungsfluss? In wieweit sind die Jobcenter, die Sozialbürgerhäuser und das Kassenamt wechselseitig involviert?
5. Wer trägt gegebenenfalls die Zinslast infolge verspäteter Zahlungen beispielsweise an Vermieter und Betreiber von Beherbergungsbetrieben?
6. Wurde der Oberbürgermeister mit dem Sachverhalt der verspäteten Zahlungen bereits persönlich konfrontiert? Wie bewertet er angesichts dieser Entwicklung die Entscheidung des Stadtrats für die gemeinsame Einrichtung?

Marian Offman, Stadtrat

Michael Kuffer, Stadtrat

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin
Dr. Evelyne Menges

ANTRAG
27.06.13

„Zustifter-Rente“ auch in München einführen

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob es möglich ist, im Rahmen der von der Stadt verwalteten Stiftungen oder einer von der Stadt eigens zu gründenden Stiftung die sog. „Zustifter-Rente“ auch in München einzuführen.

Begründung:
Viele ältere Menschen in München haben selbstbewohnten Immobilienbesitz. Dieser kann sinnvoll im Rahmen der sog. „Zustifter-Rente“ eingesetzt werden. Die Zustifter-Rente schafft eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Die Senioren sichern ihre Altersversorgung bei gleichzeitiger Weiternutzung ihrer Immobilie.

Bei der Zustifter-Rente verkaufen Senioren ihre Immobilie preisgünstig, erhalten aber ein dinglich gesichertes persönliches Wohnrecht an ihrer Immobilie. Sie können also solange es ihnen möglich ist, in ihren gewohnten vier Wänden verbleiben. Dieses Wohnrecht ist nicht übertragbar. Hinzukommt, dass die Senioren auch einen Teil des Kaufpreises oder monatliche Zahlungen auf Lebenszeit erhalten, so dass sie ihren gewohnten Lebensstandard aufrecht erhalten können und mehr Mittel zur Deckung der Pflegekosten bereit haben.

Für die von der Stadt verwalteten Stiftungen – oder ggf. einer eigens hierfür zu gründenden Stiftung – besteht der Vorteil darin, dass der Stadt Immobilienbesitz zuwächst, den sie dann zu einem späteren Zeitpunkt Münchner Bürgern vermieten kann, ohne befürchten zu müssen, dass die Immobilien später überteuert auf den Markt gelangen.

Die Stiftung Liebenau als eine der größten Sozialstiftungen in Deutschland praktiziert dieses Modell erfolgreich schon seit vielen Jahren. Nähere Einzelheiten dazu:

http://www.stiftungen.org/fileadmin/bvds/de/Termine_und_Vernetzung/Deutsche_StiftungsTage/StiftungsTag_2009/20090506_Forum_Anstalttraegerstiftungen_Nachbaur.pdf.

Dr. Evelyne Menges, Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 27. Juni 2013

Aufzüge und Rolltreppen: Austausch in den U-Bahnhöfen Kolumbus- und Partnachplatz
Pressemitteilung MVG

GEWOFAG-Bilanzpressekonferenz 2012: Planen und bauen für München
Pressemitteilung GEWOFAG

Drolliges Drill-Baby mit Punk-Frisur geboren
Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

27.6.2013

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
MVG
80287 München
www.mvg-mobil.de

Verantwortlich für
Inhalt und Redaktion:
Bettina Hess
Telefon:
089.2361-5042
Fax:
089.2361-5149
email:
hess.bettina@swm.de

Aufzüge und Rolltreppen: Austausch in den U-Bahnhöfen Kolumbus- und Partnachplatz

SWM/MVG setzen ihre Erneuerungsprogramme für Aufzüge und Rolltreppen in den U-Bahnhöfen Kolumbusplatz und Partnachplatz fort. Ab Montag, 1. Juli stehen dort folgende Arbeiten an:

Partnachplatz (U6): Hier wird vom 1. Juli bis voraussichtlich 9. August der 30 Jahre alte Aufzug erneuert. Der Austausch umfasst sämtliche Teile des Lifts – von der Kabine über den Antrieb bis hin zur Steuerungstechnik. Der neue Aufzug wird schneller sein als der alte, einen besseren Bedienkomfort bieten, weniger Energie verbrauchen – und dank moderner Technik vor allem noch zuverlässiger Dienst tun. Während der Bauarbeiten steht den Fahrgästen kein Lift zur Verfügung. Kunden werden gebeten, nach Möglichkeit auf die Rolltreppen auszuweichen.

Kolumbusplatz (U1/U2/U7): Hier wird vom 1. Juli bis voraussichtlich 19. Juli als letzte von insgesamt 14 Anlagen die Rolltreppe Nr. 3 (Ausgang E) erneuert (genaue Lage siehe www.mvg-zoom). Der Austausch erfolgt altersbedingt nach rund 35 Jahren. Die neue Rolltreppe ist unter anderem mit einem fahrgastgesteuerten Zweirichtungsbetrieb ausgestattet und in ein Online-Netzwerk eingebunden, um Störungszeiten zu verkürzen. Während der Erneuerung können Kunden auf die benachbarten Rolltreppen ausweichen.

Bis Ende 2017 erneuern SWM/MVG insgesamt 45 Aufzüge in der U-Bahn. Das entspricht gut 25 Prozent von 175 bestehenden Anlagen. Die Investitionskosten liegen bei rund 7 Millionen Euro. Außerdem werden bis Ende 2014 für knapp 30 Millionen Euro insgesamt 125 ältere Rolltreppen in 20 U-Bahnhöfen ausgetauscht. www.mvg-zoom.de informiert über die genaue Lage der Anlagen und deren Betriebszustand (bei Aufzügen bereits in Echtzeit).

Ein Unternehmen der
Landeshauptstadt München

GEWOFAG Holding GmbH

Pressemitteilung

GEWOFAG-Bilanzpressekonferenz 2012

Planen und bauen für München

- Durchschnittliche Miete liegt 2012 bei rund 6,50 Euro pro Quadratmeter.
- Städtische Wohnungsbaugesellschaft erwirtschaftet 2012 einen Jahresüberschuss von 20 Mio. Euro.
- Mieterinnen und Mieter bewerten die GEWOFAG mit „gut“
- Konzern baut 3.000 neue Wohnungen bis 2017, 1.000 Wohnungen allein im Jahr 2016

München, 27. Juni 2013. Mit mittlerweile fast 37.000 Wohnungen ist die GEWOFAG nicht nur die größte Vermieterin Münchens – die durchschnittliche Miete der GEWOFAG-Wohnungen von 6,50 Euro pro Quadratmeter sorgt für bezahlbaren Wohnraum.

Gleichzeitig ist die GEWOFAG ein erfolgreiches und gesundes Unternehmen, wie Oberbürgermeister Christian Ude, Aufsichtsratsvorsitzender der GEWOFAG, und Geschäftsführerin Gordona Sommer bei der heutigen Bilanzpressekonferenz erläuterten.

Der Jahresüberschuss von 20 Mio. Euro, den die GEWOFAG 2012 erwirtschaftet hat, ist angesichts der zahlreichen Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen sowie der freiwilligen sozialen Leistungen und Angebote für die Mieterinnen und Mieter des Unternehmens ein sehr gutes Ergebnis.

Oberbürgermeister Christian Ude: „Mit ihrem Jahresüberschuss von 20 Mio. Euro steht die GEWOFAG trotz einer niedrigen Durchschnittsmiete von 6,50 Euro pro Quadratmeter weiterhin wirtschaftlich gut da. Damit beweist die GEWOFAG erneut, dass sozialer Auftrag, Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Erfolg vereinbar sind. Der Beitrag der GEWOFAG zur Stadtgesellschaft ist so wichtig wie nie: Bei der GEWOFAG ist Wohnen in München bezahlbar.“

Mittlerweile verwaltet die GEWOFAG 36.955 Wohnungen. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 war der Konzern in München und Umgebung Eigentümer von 32.015 Wohnungen (davon rund 60 Prozent frei finanziert, rund 40 Prozent öffentlich gefördert) und 398 Gewerbeeinheiten mit insgesamt rund 2 Mio. Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche. Zusätzlich verwaltete die GEWOFAG 4.428 Wohnungen und 114 Gewerbeeinheiten für Dritte. Die Vermietungsquote lag bei 98,8 Prozent. Die Fluktuation betrug 6,1 Prozent.

Nach der Konzentration auf Wohnungsneubau und Modernisierungen sowie dem Ausbau der Serviceleistungen im vorangegangenen Jahr lagen die Schwerpunkte im Jahr 2012 auf den Planungen und Vorbereitungen der großen Neubau- und Modernisierungsprojekte der kommenden fünf Jahre.

Neubau und Modernisierung – planen für die Zukunft

Der Konzern hat im vergangenen Jahr 42 Neubauwohnungen fertig gestellt und 42 Wohnungen modernisiert. Im gleichen Zeitraum wurde mit dem Neubau von 162 Wohnungen und mit der Modernisierung von 198 Wohnungen begonnen.

Die für das Unternehmen außergewöhnlich niedrigen Fertigstellungszahlen im Neubau sind den Folgen eines Gerichtsurteils des OLG Düsseldorf geschuldet, das die Vergabe der städtischen Grundstücke an die GEWOFAG in den Jahren 2007 bis 2010 verhindert hat. Daher konzentrierte sich das Unternehmen im Jahr 2012 auf die Vorbereitung von sechs neuen Bauvorhaben (Funkkaserne, Reinmarplatz, Riem 4. Bauabschnitt, Isoldenstraße, Bauernbräuweg und Kohlrauschstraße) sowie auf die Planungen für die kommenden Jahre bis 2017. Die GEWOFAG wird in den nächsten fünf Jahren rund 3.000 neue Wohnungen errichten und dafür 780 Millionen Euro aufwenden. Allein 2016 wird die GEWOFAG 1.000 neue Wohnungen bauen. Gleichzeitig setzt das Unternehmen rund 250 Millionen Euro zur umfassenden Modernisierung von 3.000 Wohnungen ein.

Oberbürgermeister Christian Ude: „Diese gewaltigen Zahlen unterstreichen, dass der Konzern seinen Auftrag sehr ernst nimmt: Die GEWOFAG schafft und erhält seit ihrer Gründung vor 85 Jahren bezahlbaren Wohnraum in München."

Gordona Sommer, Geschäftsführerin der GEWOFAG: „Besonders mit unseren Neubauten beweisen wir immer wieder, dass es möglich ist, in München innovativ und ansprechend, energieeffizient und nachhaltig zu bauen – und gleichzeitig bezahlbare Wohnungen für viele Menschen zu schaffen. Mit dem gewaltigen geplanten Neubauprogramm nehmen wir bundesweit eine Spitzenposition ein."

Sozial: Als Vermieterin und Arbeitgeberin

Im vergangenen Jahr hat die GEWOFAG die 100%ige Konzerntochter Wohnforum GmbH weiter zum sozialen Dienstleister im Unternehmen ausgebaut. Das Wohnforum ist im Quartiers-, Umzugs- und Konfliktmanagement sowie mit zahlreichen Beratungs- und Hilfeleistungen, wie zum Beispiel der sozialorientierten Hausverwaltung tätig. Es

betreibt erfolgreich das Programm „Wohnen im Viertel“ sowie die Wohnberatung und unterstützt durch präventive Hausbesuche Mieterinnen und Mieter im Alltag.
Einen neuen Weg bei der Versorgung pflegebedürftiger und in der Mobilität eingeschränkter Mieter beschreitet die GEWOFAG seit 2007 mit dem Konzept „Wohnen im Viertel“ in München. Das Konzept vereint die Bereitstellung schwellenfreier beziehungsweise rollstuhlgerechter Wohnungen im Viertel mit dem Angebot einer 24-stündigen pflegerischen und sozialen Betreuung durch einen ambulanten Dienst vor Ort – und das ohne Betreuungspauschale. 2012 wurden mit Riem und Gern zwei neue Stützpunkte eröffnet.

Auch für ihre Mitarbeitenden übernimmt die GEWOFAG soziale Verantwortung. Im vergangenen Jahr hat der Konzern in der Nähe der Hauptverwaltung in Ramersdorf eine Kinderkrippe eingerichtet, die von der Inneren Mission München betrieben wird. Acht der insgesamt 20 Plätze sind für Kinder von GEWOFAG-Mitarbeitenden reserviert.

Oberbürgermeister Christian Ude: „Die GEWOFAG ist für ihre Mieterinnen und Mieter da – gerade in schwierigen Situationen. Mit dem Wohnforum verfügt der Konzern über einen eigenen sozialen Dienstleister, der ein großes und vielseitiges Leistungsspektrum abdeckt, wie zum Beispiel Quartiersmanagement oder Schlichtung bei Konflikten. Ganz besonders wichtig sind die Angebote für ältere Menschen.“

Gordona Sommer, Geschäftsführerin der GEWOFAG: „Mit der Kinderkrippe ermöglichen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit kleinen Kindern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Alle Plätze sind vergeben. Einige Beschäftigte hätten ohne diese Betreuungsplätze nicht so früh wieder einsteigen können. Daher haben wir uns als Arbeitgeber dafür eingesetzt, Krippenplätze für Kinder unserer Mitarbeitenden zu schaffen.“

Mieter stellen GEWOFAG gutes Zeugnis aus

Im Dezember 2012 hat der GEWOFAG-Konzern seine Mieterinnen und Mieter befragen lassen. Anhand dieser Ergebnisse wird das Unternehmen den Service für seine Kundinnen und Kunden verbessern und ihre Zufriedenheit erhöhen. Dazu hat von das von der GEWOFAG beauftragte, auf die Immobilienwirtschaft spezialisierte Marktforschungsunternehmen BulwienGesa eine Stichprobe von rund 3.300 Mietparteien kontaktiert. 970 ausgefüllte Fragebogen wurden zurückgesandt und ausgewertet. Insgesamt wird die GEWOFAG mit „gut“ (Schulnote 2,2) bewertet.

Gordona Sommer, Geschäftsführerin der GEWOFAG: „Das Ergebnis kann sich sehen lassen: ‚Gut’ lautet insgesamt das Urteil. Aber natürlich wollen wir noch besser werden.“

Mit dem derzeitigen Wohnumfeld sind die meisten Mieterinnen und Mieter eher zufrieden, einige wünschen sich eine Verbesserung des Erscheinungsbilds des Hauses, des Hauseingangs, der Treppenhäuser sowie der Müllsammelstelle. Die Mieterzentren und die gesamte Kundenbetreuung werden positiv bewertet. Die Kontaktaufnahme

erfolgt meistens über das Telefon und nahezu ähnlich viele Mieterinnen und Mieter der GEWOFAG werden persönlich im Mieterzentrum vorstellig.

Eine Mehrheit der Befragten ist mit der telefonischen Kundenbetreuung und mit der Erreichbarkeit zufrieden. Mit ihrer Nachbarschaft und der Hilfsbereitschaft sind sowohl die Mieterinnen und Mieter der GEWOFAG als auch der HEIMAG größtenteils zufrieden. Auffallend oft werden allerdings die mangelnde Ruhe im Haus, die fehlende gegenseitige Rucksichtnahme und Verstöße gegen die Hausordnung als negativ eingeschätzt.

Die Leistungen der Hausmeisterinnen und Hausmeister werden als gut bewertet. Die Zufriedenheit der Mieterinnen und Mieter mit den eigenen wie mit den von uns beauftragten Handwerkerinnen und Handwerkern ist durchweg gut bis sehr gut.

Ein Großteil der Kundinnen und Kunden, nämlich 87 Prozent, würden die GEWOFAG weiterempfehlen, während nur drei Prozent dies nicht tun würden. Die Mieterinnen und Mieter schatzen ihre Wohnsituation im Großen und Ganzen positiv ein. Als Wünsche wurden die ständige Verbesserung der Wohnungen und des Wohnumfeldes sowie weitere Modernisierungen der Gebäude genannt.

Auszeichnungen für die GEWOFAG

Für ihre bezahlbaren und gleichzeitig qualitativ hochwertigen Wohnungen wurde die GEWOFAG im vergangenen Jahr erneut geehrt. Nach dem Preis „Soziale Stadt“ hat die Quartiersentwicklung am Piusplatz bereits zum zweiten Mal einen Bundespreis erhalten: „Stadt bauen. Stadt leben.“ des Ministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in der Kategorie Gebäude und Stadtraum. Die Passivhäuser, ebenfalls am Piusplatz, erhielten den Landespreis „Energieeffizienz zählt – neue Energiesparhäuser“.

Der Bauherrenpreis der Messestadt Riem Gesellschaft (MRG) ging an das Bauprojekt an der Ingeborg-Bachmann-Straße 50 - 58 und Astrid-Lindgren-Straße 40 - 48 des Büros Wimmer Architekten aus Wien.

Auch im Bereich energiesparende Haustechnik ist die GEWOFAG vorn mit dabei: Das Projekt „Rücklauftemperatursenkung in Fernwärmenetzen, 2,3-Leiter-System“ erhielt den Bayerischen Energiepreis. Diese Systeme wurden unter Federführung von GEWOFAG-Mitarbeiter Wilfried Ebster in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität München sowie der Hochschule für angewandte Wissenschaften in München entwickelt.

Wie geht es weiter?

Nach wie vor wird der GEWOFAG-Konzern den Schwerpunkt auf den Neubau und die energetische Modernisierung von Wohnungen legen und so zur Entspannung des Münchner Wohnungsmarktes und zum Erreichen der Klimaschutzziele der Stadt München beitragen. Neubauprojekte an der ehemaligen Funkkaserne, am Ackermannbogen, an der Schwabinger Isoldenstraße und am Reinmarplatz in

Neuhausen wurden begonnen. Der GEWOFAG-Konzern wird von 2013 bis 2017 insgesamt rund 3.000 neue Wohnungen bauen. Im gleichen Zeitraum modernisiert der Konzern rund 3.000 Wohnungen. In diese Maßnahmen wird die GEWOFAG rund eine Milliarde Euro investieren.

GEWOFAG
Die GEWOFAG ist mit rund 37.000 Wohnungen Münchens größte Vermieterin. Sie stellt seit 85 Jahren den Münchner Bürgerinnen und Bürgern Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung und bietet damit Alternativen im angespannten Münchner Wohnungsmarkt. Neben Neubau und Vermietung ist die Sanierung und Instandsetzung des Wohnungsbestands die wichtigste Aufgabe der GEWOFAG. Der GEWOFAG-Konzern mit dem Tochterunternehmen Heimag München GmbH beschäftigt in München rund 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Pressekontakt
Sabine Sommer
Konzernsprecherin
GEWOFAG Holding GmbH
Kirchseeoner Straße 3
81669 München
Tel.: 089 4123-372
Fax: 089 4123-319
E-Mail: sabine.sommer@gewofag.de
www.gewofag.de

Presse-Einladung

Nachwuchs bei bedrohter Affenart in Hellabrunn

Drolliges Drill-Baby mit Punk-Frisur geboren

Die Münchner Drill-Gruppe hat süßen Nachwuchs bekommen. Seine rosige Haut, die coole Punk-Frisur und die witzig abstehenden Ohren machen den kleinen Drill zum absolut tierischen Hingucker. Mama Afi (7) und Papa Bakut (10) sind die stolzen Eltern. Pate des jüngsten Hellabrunner Drills, deren Bestand in freier Natur stark bedroht ist, ist der Blutspendedienst München geworden.

Gerne laden wir Sie zur Vorstellung des kleinen Drills ein am

Freitag, den 28.06.2013, 11 Uhr

Treffpunkt: Flamingo-Eingang, Tierpark Hellabrunn

München, den 26.06.2013/25

Weitere Informationen:
Christiane Reiss
Leitung Marketing/Presse
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 / 62 50 8-718
Fax: +49(0)89 / 62 50 8-52
E-Mail: presse@tierpark-hellabrunn.de
Website: www.tierpark-hellabrunn.de
www.facebook.com/tierparkhellabrunn

Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Vorsitzende des Aufsichtrates:
Christine Strobl, 2. Bürgermeisterin
Vorstand:
Dr. Andreas Knieriem
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751